

Holzarbeiter

Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitsvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzelle. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Kölnischen Park 2. Fernruf P7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 30

Berlin, den 23. Juli 1932

40. Jahrgang

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Millionen deutscher Arbeiter haben im Weltkriege für die Freiheit unseres Volkes gekämpft. Hunderttausende haben ihr Leben geopfert. Hunderttausende sind zerschossen, als Kriepel in die Heimat zurückgekehrt. Ihre Frauen, ihre Töchter haben als Arbeiterinnen in der gleichen Notzeit in den Fabriken die verwaisten Plätze ihrer Väter, Brüder und Söhne ausgefüllt. Sie alle arbeiteten, kämpften und starben in der Hoffnung auf ein freieres Deutschland.

Alle diese deutschen Männer und Frauen haben Gut und Blut für Deutschland eingesetzt. Sie haben mehr für die Einheit unseres Staates und den Aufbau einer neuen Lebensordnung des Volkes geleistet, als sich irgendeine deutsche Regierung rühmen kann.

Gestützt auf diesen beispiellosen Opfermut haben die Führer der deutschen Arbeiterschaft in den schwersten Stunden der deutschen Geschichte den Kampf gegen außenpolitische Unterdrückung auf sich genommen und die Grundlagen des sozialen Volksstaates geschaffen. Es ist eure geschichtliche Tat, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, daß das Deutsche Reich nicht zerfallen, daß seine Einheit gerettet worden ist.

Trotzdem wagt es eine deutsche Partei, die erst entstand, als die größte Gefahr vorüber war, euch als Verräter an der deutschen Sache zu verleumden. Sie erdreistet sich, tagtäglich in ihrer Presse und in ihren Versammlungen gegen euch eine hemmungslose Lügenhetze zu entfalten, nur weil ihr Sozialisten, nur weil ihr Gewerkschafter seid.

Unter denen, die diesen Lügenfeldzug führen oder abgedroschene Phrasen gedankenlos nachschwätzen, sind viele, die nie die Front gesehen, geschweige denn im Trommelfeuer gelegen haben, sind viele, die sich in der Heimat herumdrücken, sind Unzählige, die noch in den Kinderschuhen staken, als ihr im Schlamm der Schützengräben und in Granatlöchern aushielten.

Alle diese Heimkrieger und Maulhelden, Leute wie Frick, Kuhe, Goebbels und Konsorten, haben die treue Stirn, die Sozialdemokratie als die „Partei der Deserteure“ zu beschimpfen. Und die gleiche Regierung, die wegen jeder angeblichen Kränkung der

Ehre ihrer Kabinettsmitglieder den ganzen Machtapparat des Staates in Bewegung setzt, hat noch nie etwas unternommen, um die Ehre dieser Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen gegen ihre erbärmlichen Verleumder zu schützen.

Eine Regierung, die diesen bewußten Lügen nicht entgegentritt, duldet die Entehrung des Volkes, an dessen Spitze sie steht. Sie ist nicht abgerückt von denen, die seit Jahren den Geist des Bruderhasses in unser Volk hineinbrugen.

Die jetzige Regierung gilt als der Wegbereiter des Dritten Reiches, Hitler als ihr heimlicher Chef. Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr alle wißt, was das bedeutet!

Das Dritte Reich Hitlers übertrumpft den alten Obrigkeitsstaat. Es ist der Zuchthausstaat, der selbst in den schlimmsten Jahrzehnten der Sozialistenverfolgung nie auf deutschem Boden bestanden hat. Die nationalsozialistischen Führer wollen in einem Deutschland rechtloser Sklaven die Herren sein. Sie verachten das Volk. Deshalb soll es nichts zu sagen haben. Sie sind bei ihrem Anhang an Kadävergehorsam gewöhnt. Darum nennen sie euch „Untermenschen“. Trotzdem buhlen sie um eure Stimmen. Der Freiheitskampf der Arbeiterklasse soll durch Blutjustiz erstickt, die verfassungstreue Polizei beseitigt werden. Der feige Terror gegen die Arbeiterschaft, heute bei Nacht und Nebel ausgeübt, soll der Braunen Polizei von Amts wegen übertragen werden. Den Opfern des Krieges und den Invaliden der Arbeit wird die karge Rente gekürzt. Die SA. marschiert in neuen Uniformen. Den Gewerkschaften soll die Kampffreiheit geraubt, die jugendlichen Arbeiter sollen in die Zwangsjacken der Arbeitsdienstpflicht gesteckt und für das Dritte Reich gedrillt werden. Die SA.-Führer wollen die Zuchtrute über die deutsche Jugend schwingen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, macht diesem braunen Spuk rücksichtslos ein Ende, schließt euch zusammen in der Eisernen Abwehrfront. Die Armeen des Dritten Reiches müssen an euren festgefühten Formationen zerschellen. Duldet keine Zersplitterung eurer Kräfte. Fort mit den Nörglern und Kleingläubigen!

Aktivität! Jeder einzelne sei ein Kämpfer!

Disziplin! Geschlossener Einsatz aller Kräfte!

Einigkeit! Eiserner Front des arbeitenden Volkes gegen alle Soldknechte des Kapitals!

Euer der Sieg! Freiheit! Wählt Liste 1!

Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vertrag von Lausanne

In der Rundfunkrede, in welcher der Reichskanzler v. Papen am 8. Juli dem deutschen Volke das Ergebnis der Lausanner Konferenz mitteilte, führte er einleitend aus: „In dieser historischen Stunde ist für Parteipolitik kein Raum.“ Dieses Wort erinnert an den berühmten Ausspruch Wilhelms des Letzten: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“ Herr v. Papen hat schnell umgelernt. In seiner Regierungserklärung sprach er noch von der „Zusammenfassung aller aufbauwilligen und staats-erhaltenden Kräfte“, auf die er sich stützen wollte. Und in seiner ersten Rede in Lausanne am 17. Juni gab er diesem Gedanken noch einmal vor den Staatsmännern der ganzen Welt Ausdruck, indem er nach einer Schilderung der Wirtschaftslage Deutschlands ausführte: „Deshalb haben wir in Deutschland noch einmal den Versuch gemacht, die lebendigen, aufbauwilligen Kräfte der Nation zusammenzufassen.“

Wenn Herr v. Papen nun am Schluß der Lausanner Konferenz das Bedürfnis fühlt, an das ganze deutsche Volk zu appellieren und die Parteipolitik auszuschalten, dann hat er dazu gute Gründe. So sehr sich der Reichskanzler auch bemüht, das Ergebnis der Konferenz als einen großen Erfolg zu feiern,

so steht doch fest, daß dieses Ergebnis weit hinter den Erwartungen zurückbleibt, mit denen er nach Lausanne gereist ist.

Für die „aufbauwilligen und staats-erhaltenden Kräfte“, die die Grundlage des Adelskabinetts bilden sollten, bedeutet der Pakt von Lausanne eine herbe Enttäuschung. Und sie machen daraus kein Hehl. In der deutsch-nationalen Presse werden scharfe Töne gegen v. Papen angeschlagen, allerdings findet man daneben auch Worte, die darauf hindeuten, daß man die außenpolitischen Mängel der Regierung allenfalls tolerieren könne, angesichts ihrer großen innerpolitischen Vorzüge. Im nationalsozialistischen „Angriff“ verkündet zwar der kleine Goebbels, daß die Nazis das Lausanner Abkommen im Reichstag nicht ratifizieren würden. Das darf man aber nicht wörtlich nehmen. Aus wahl-taktischen Gründen mimien die Nazis Opposition gegen die Regierung Papen. Das ist aber nur Theater für politische Säuglinge. Die Tatsache steht unbestreitbar fest, daß die Regierung Papen mit ausdrücklicher Zustimmung Hitlers gebildet wurde. Die Nazis sind die Regierungspartei.

Die Vereinbarung von Lausanne ist, objektiv betrachtet, ein bedeutender Fortschritt, der erzielt wurde, obwohl die Vertretung Deutschlands auf der

Konferenz nicht in den geeignetsten Händen lag. Der Reichskanzler ist nach Lausanne gegangen, um die Revision des Versailler Vertrages durchzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat er gleich zu Beginn der Verhandlungen Andeutungen über die Bereitwilligkeit Deutschlands zur Leistung einer Abschlußzahlung gemacht. Hier haben die Gegner eingehakt. Die politischen Forderungen haben sie rundweg abgelehnt, aber nach langem Feilschen mußte Herr v. Papen eine Abschlußzahlung von drei Milliarden Mark zugestehen.

Schuldverschreibungen über diesen Betrag werden von Deutschland ausgestellt. Sie können nach drei Jahren auf den Markt gebracht werden, wenn sie zu einem Kurs von mindestens 90 Prozent untergebracht werden können. Dieser Kurs setzt eine gewisse wirtschaftliche Gesundung Deutschlands für die Inangsetzung der Zahlungspflicht voraus. Der Betrag, der, von jetzt an gerechnet, in fünfzehn Jahren nicht untergebracht ist, wird vernichtet. Gleichzeitig mit der Hinterlegung der Reichsschuldverschreibungen werden die 460 Millionen Mark Reichsbahnobligationen, die bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ.) für die ungeschützten Young-Plan-Zahlungen aus dem Hoover-Moratorium hinterlegt werden mußten, an Deutschland zurückgegeben. Desgleichen die 65 Millionen Mark an Golddepots, die als Garantie für die deutsche Währung bei der BIZ. hinterlegt sind.

Das Abkommen von Lausanne bedeutet das Ende der Reparationen; durch die Rückgabe der Reichsbahnobligationen und der Golddepots erhält Deutschland wieder die freie Verfügung über die Reichsbank. Auf dem Wege zur Regelung der internationalen Beziehungen ist ein bedeutender Fortschritt erzielt worden. Das ist lediglich dem Umstande zu danken, daß das „Kabinetts der nationalen Konzentration“, wenn auch mit minderm Geschick als seine Vorgänger, die gleiche Linie eingehalten hat, die diese in den letzten zwölf Jahren verfolgt haben.

Der Pakt von Lausanne ist ein Erfolg der „Erfüllungspolitik“, die von jeher von der Sozialdemokratie vertreten wurde. Die Sozialdemokratie ist von den Nationalisten auf das heftigste beschimpft und verleumdet worden, aber praktisch ist es die von den Sozialdemokraten unterstützte und geförderte Erfüllungspolitik gewesen, die Stresemann und Brüning zu ihren außenpolitischen Erfolgen verholfen hat. Und nun mußte Herr v. Papen notgedrungen auf denselben Boden treten. Dieser Boden war von seinen Vorgängern so vorbereitet worden, daß er reife Früchte ernten konnte. Die Ernte wäre besser und vollständiger gewesen, wenn die von Herrn v. Papen angewandte Methode nicht den Erfolg beeinträchtigt hätte.

Mit der Unterzeichnung des Vertrages von Lausanne ist ein wichtiger Schritt

auf dem Wege zur Beseitigung der fürchterlichen Folgen und Nachwirkungen des Weltkrieges getan. Ob aber von Lausanne aus ein direkter Weg zur Wiederbelebung der zerrütteten Weltwirtschaft führt, das läßt sich mit Bestimmtheit nicht voraussagen. Der Vertrag enthält einen Hinweis auf die für den Herbst geplante Weltwirtschaftskonferenz, welche die Wiedergesundung Europas vorbereiten soll. Bis aber das Ziel erreicht ist, muß noch manche gefährliche Klippe umschifft werden.

Die größte Gefahr droht der Gesundung der deutschen Wirtschaft im Lande selbst. Die Innenpolitik des Adelskabinetts ist ein Hemmnis für den Aufstieg. Von einer Regierung, die, statt Arbeits-

möglichkeiten zu schaffen, der Arbeiterschaft nur Hungerverordnungen und wirtschaftliche und politische Knechtung bietet, von einer Regierung, die unter dem Einfluß der Großagrarien steht und ihnen zuliebe eine dem deutschen Handel schädliche Abschließungspolitik treibt, ist nicht zu erwarten, daß sie die deutsche Wirtschaft aus dem Elend führt. Das ist um so weniger zu erwarten, als sie sich auf die Nazis stützt, die Deutschland vollends zum Tollhaus machen wollen. Am 31. Juli soll das deutsche Volk über sein Schicksal entscheiden. Die Entscheidung kann nur lauten: Fort mit dem Adelskabinet, fort mit der nationalsozialistischen Mordpest.

Wählt Sozialdemokraten!

Für gerechte Lastenverteilung!

Die erste Notverordnung der Regierung der Nazibarone stellt einen Rekord an sozialer Ungerechtigkeit dar. Sie läßt alle Lasten den breiten Massen auf und verteilt an die Besitzenden Geschenke. Den werktätigen Schichten bringt sie eine Milliarde Mark Sozialabbau und ¼ Milliarden Mark neue Steuern, den Besitzenden aber 100 Millionen Mark Steuererlaß. So sieht also „die Anpassung an die Armut der Nation“ aus, die die Junkerregierung in ihrer Regierungserklärung angekündigt hat.

Die Junkerregierung hat nicht den Mut, die Verantwortung für ihre erste Notverordnung selbst zu übernehmen. Die Nazis machen verzweifelte Anstrengungen, die Mitschuld an der Notverordnung dieser Regierung abzuleugnen, der sie selbst in den Sattel geholfen haben. Deshalb versuchen Nazis und Junkerregierung gemeinsam, die Schuld an den ungeheuren Belastungen von sich abzuwälzen und einer angeblich sozialistischen Finanzmißwirtschaft in den letzten Jahren in die Schuhe zu schieben. Wie sieht es in Wirklichkeit mit dieser marxistischen Mißwirtschaft?

In den letzten 13 Jahren war der Posten des Reichsfinanzministers nur 1 ½ Jahre lang durch einen Sozialdemokraten besetzt. Als er sein Amt antrat, hatten seine bürgerlichen Vorgänger alle Überschüsse verwirktlicht und ihm ein riesiges Defizit hinterlassen. Als dann die Wirtschaftskrise hereinbrach, mußte sie zwangsläufig zu immer neuen Fehlbeträgen in den öffentlichen Haushalten führen.

Der entscheidende Fehler aber in der Finanzpolitik der letzten Jahre war die unsoziale und ungerechte Lastenverteilung. Alle Opfer wurden den breiten Massen auferlegt; die Erleichterungen aber kamen fast ausschließlich den Besitzenden zugute. Die Massensteuern wurden immer aufs neue erhöht: Tabaksteuer und Biersteuer wurden mehrmals verschärft, Umsatzsteuer, Getränkesteuer und Zuckersteuer wurden wesentlich heraufgesetzt, Bürgersteuer, Krisensteuer und Konsumvereinssteuer wurden neu eingeführt. Und zu all diesen schweren Belastungen hat die Regierung der Nazibarone jetzt noch die Arbeitslosenabgabe und die Salzsteuer hinzugefügt. Die Besitzsteuern aber wurden dauernd gesenkt. Die Rentenbankbelastung der Landwirtschaft wurde völlig aufgehoben, die Sondervermögenssteuer der Großindustrieunternehmen (Industriebelastung) wurde auf ½ abgebaut, die Realsteuern, die Hauszinssteuer, die Kapitalverkehrssteuer wurden ermäßigt, die Kapitalertragssteuer zum größten Teil außer Kraft gesetzt, die Freigrenze bei der Vermögenssteuer wurde erhöht.

In dieser Steuerscheu des Besitzes und nicht in einer angeblich marxistischen Mißwirtschaft liegt die Hauptursache dafür, daß die Sanierung der öffentlichen Finanzen immer noch nicht gelungen ist. Das Besitzbürgertum hat durch eine jahrelange zielbewußte Politik der Lastenabwälzung alles darauf angelegt, die finanzielle Grundlage des Staates zu untergraben. Jetzt, nachdem ihm das gelungen ist, hat dasselbe Besitzbürgertum die Strafe, die Verantwortung für die Folgen

seiner Politik einer „sozialistischen Finanzpolitik“ zuzuschreiben, die es nie gegeben hat.

Die Regierung der Nazibarone hat mit ihrer neuen Notverordnung bewiesen, daß sie die Besitzenden noch mehr schonen und begünstigen, die breiten Massen aber noch mehr belasten und überbürden will. Diese Finanzpolitik muß zum Zusammenbruch der öffentlichen Finanzen führen. Ein solcher Zusammenbruch mit seinen verheerenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen kann nur vermieden werden, wenn an die Stelle der unsozialen und ungerechten Lastenverteilung, wie sie die Nazibarone durchgeführt haben, eine soziale und gerechte Lastenverteilung tritt. Gewiß können nicht alle Milliardenlasten allein den Besitzenden auferlegt werden. Aber es muß Schluß gemacht werden mit dem bisherigen System, die Massensteuern zu erhöhen und die Besitzsteuern zu senken. Nach all den Abbaumaßnahmen, nach all den Massensteuererhöhungen der letzten Jahre müssen endlich die Besitzenden zu fühlbaren „Opfern“ herangezogen werden.

Anstatt auch die kleinsten Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger durch die neue Arbeitslosenabgabe rücksichtslos zu belasten, müssen endlich auch die Besitzenden durch einen kräftigen Zuschlag zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer auf die hohen Einkommen erfaßt werden. Die Furcht vor der Kapitalflucht und die Sorge um die Kapitalbildung, die bisher einer Erhöhung der Einkommensteuer entgegenstanden, sind jetzt hinfällig geworden. Die Kapitalflucht ist auf Grund sozialdemokratischer Vorschläge durch die neue Devisenzwangswirtschaft fast unmöglich gemacht und die Kapitalbildung ist aus anderen Gründen nahezu lahmgelegt. Selbst in den hochkapitalistischen Vereinigten Staaten von Amerika sind jetzt die Sätze der Einkommensteuer bis auf 55 Prozent erhöht worden, während sie bei uns nur bis zu 40 Prozent gehen.

Anstatt die Lebenshaltung der Erwerbslosen und der Sozialrentner durch den

Sozialabbau auf der ganzen Linie bis weit unter das Existenzminimum herabzudrücken, müssen endlich die großen Vermögen durch eine scharfe Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftssteuer getroffen werden. Unsere Vermögenssteuer beträgt nur ½ Prozent und auch unsere Erbschaftssteuer ist wesentlich milder als zum Beispiel die englische Erbschaftssteuer. Ein Vorstoß Hilferdings als Reichsfinanzminister im Jahre 1929 zur Verschärfung der Erbschaftssteuer ist jedoch an der Einheitsfront aller bürgerlichen Parteien gescheitert.

Anstatt den lebensnotwendigsten Massenverbrauch durch Salzsteuer und Schlachtsteuer aufs schwerste zu belasten, muß endlich der Luxusverbrauch der wohlhabenden Schichten einer umfassenden Besteuerung unterworfen werden. Sogar in Amerika hat man sich jetzt entschlossen, hohe Luxussteuern auf fast alle Luxusartikel einzuführen. Es ist allerhöchste Zeit, daß das auch in Deutschland geschieht.

Das sind die finanzpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften, um die bei der Reichstagswahl gekämpft wird. Das ist der Weg, auf dem die Sanierung der öffentlichen Finanzen durchgeführt werden kann, ohne die Kaukraft der breiten Massen weiter zu schwächen und die Wirtschaftsschrumpfung dadurch noch mehr zu verschlimmern. Für sozial gerechte Lastenverteilung, das ist die finanzpolitische Parole der Sozialdemokratie.

Wer will, daß diese Parole zum Siege geführt wird, wer will, daß Schluß gemacht wird mit dem brutalen Sozialabbau, mit den rücksichtslosen Massensteuererhöhungen und mit den freigebigen Steuergeschenken und Subventionen an die Großkapitalisten, wer will, daß endlich auch die Besitzenden Opfer bringen müssen, der muß in diesem Reichstagswahlkampf alle Kräfte darsetzen, daß der Junkerregierung und ihren nationalsozialistischen Bundesgenossen am 31. Juli die Quittung für ihre Politik der Volksbedrückung und der Besitzbegünstigung erteilt wird. *Erich Rinner.*

Steuerdemagogie

Die Nazis haben im Preußischen Landtag einen Antrag zur Neuregelung der Einkommensteuer eingebracht, nach welchem 1. die Jahreseinkommen bis zu 3000 Mk. von der Einkommensteuer zu befreien, 2. die Jahreseinkommen über 46 000 Mk. zu 80 Prozent wegzusteuern sind.

Dieser Antrag klingt sehr arbeiterfreundlich, und wer ihn ohne weiteres Nachdenken liest, kann zu der Meinung kommen, daß die Nazis doch tüchtige Kerle sind, die den Armen helfen wollen.

Auf solche Menschen, die nicht denken, ist auch der Antrag berechnet, der in Wirklichkeit ein Stück skrupelloser Demagogie ist. Denn 1. sind Beschlüsse des Landtages völlig bedeutungslos, da für die Einkommensteuer nur der Reichstag zuständig ist; und 2. würde der Antrag, wenn er zu einem rechtmäßigen

Beschluß erhoben würde, die Ärmsten an schwersten treffen.

Würden alle Einkommen bis zu 3000 Mk. jährlich von der Einkommensteuer befreit, so sind 86 Prozent aller Einkommen- und Lohnsteuerpflichtigen steuerfrei. Das wäre sehr erfreulich, nur hat die Sache einen Haken, es würde nämlich ein Steuerausfall von 1100 Millionen Mark entstehen.

Dieser Steuerausfall soll nach dem Antrag von den Reichen gedeckt werden. Von den über 46 000 Mk. hinausgehenden Einkommen sollen 80 Prozent weggesteuert werden. Aber das würde nur 400 Millionen Mark einbringen und im Steuersäckel bliebe ein Fehlbetrag von 700 Millionen Mark. Würden zum Ausgleich die Unterstützungen der Arbeitslosen völlig gestrichen, dann würden die Nazis damit völlig einverstanden sein. Sagt doch ihr Theoretiker Feder in den Erläuterungen des Parteiprogramms der NSDAP.: „Es ist nicht Staatsaufgabe, arbeitsfähige Menschen auf Staatskosten zu ernähren.“

Im übrigen zeigt das Beispiel dieses Steuerantrages, wie notwendig es ist, den Dingen ein wenig nachzugehen, um nicht gewissenlosen Demagogen aufzusitzen.

Verlängerung der Wahlzeit in der Sozialversicherung

Die Notverordnung vom Dezember 1931 ermächtigte die Reichsregierung, die Dauer der ehrenamtlichen Tätigkeit der Personen, die nach den Vorschriften des Betriebsrätegesetzes, der Reichsversicherungsordnung, des Angestelltenversicherungsgesetzes, des Reichsknappschaftsgesetzes und des Schwerbeschädigtengesetzes gewählt sind, bis zu einem Jahr zu verlängern. Für die Betriebsvertretungen ist bereits durch Verordnung vom 14. Dezember 1931 die Amtsdauer um ein Jahr verlängert worden.

Durch Verordnung vom 25. Juni 1932 wird nunmehr bestimmt: „Die Amtsdauer der Personen, die nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung, des Angestelltenversicherungsgesetzes und des Reichsknappschaftsgesetzes in ein Ehrenamt gewählt sind und deren Amtsdauer spätestens mit dem Ende des Kalenderjahres 1932 durch Ablauf der Wahlzeit enden würde, verlängert sich um ein halbes Jahr.“

Soweit solche Wahlen im Jahre 1932 vor Verkündung dieser Verordnung stattgefunden haben, bleibt ihre Wirksamkeit unberührt, die Wahlzeit der neugewählten Vertreter endet jedoch zum gleichen Zeitpunkt wie die Amtsdauer der Personen, deren Wahlzeit durch die neue Verordnung bis 30. Juni 1933 verlängert worden ist.

Die Kurzarbeiterunterstützung

Der Präsident der Reichsanstalt hat im Auftrage des Reichsarbeitsministers am 1. Juli einen Erlaß an die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter herausgegeben, durch den die Sätze der Kurzarbeiterunterstützung, zum Teil recht erheblich, herabgesetzt werden. Der Erlaß stützt sich auf die Notverordnung vom 14. Juni und bezweckt die Anpassung der Sätze der Kurzarbeiterunterstützung an die herabgesetzte Arbeitslosenunterstützung. Die Bestimmungen über die Kurzarbeiterunterstützung bleiben im übrigen unverändert. Nur die Unterstützungssätze sind gesenkt, und zwar kommen, erstmalig für die Woche vom 4. bis 9. Juli folgende Sätze zur Auszahlung:

Lohnklasse	Ausfall an Arbeitstagen	Kurzarbeiter				
		ohne Zuschlagberechtigten	mit 1	mit 2	mit 3	mit 4
I	3	0,90	1,10	1,30	1,50	1,70
	4	2,00	2,30	2,60	3,00	3,40
	5	3,00	3,40	4,00	4,50	5,10
II	3	1,00	1,20	1,50	1,60	1,80
	4	2,40	2,80	3,20	3,60	4,00
	5	3,60	4,20	4,80	5,40	6,00
III	3	1,20	1,60	1,90	2,20	2,50
	4	2,70	3,40	4,00	4,80	5,40
	5	4,10	5,00	6,00	7,00	8,00
IV	3	1,50	2,30	3,00	3,70	4,50
	4	3,50	4,60	6,00	7,40	9,00
	5	5,00	7,00	9,00	11,00	13,50
VII	3	2,00	2,80	3,50	4,30	5,00
	4	4,00	5,60	7,00	8,60	12,00
	5	6,00	8,50	11,50	13,00	17,00
IX	3	2,50	3,30	4,10	5,00	6,00
	4	5,00	6,60	8,20	10,00	15,00
	5	7,50	10,00	12,50	15,00	21,00

Der Weg zum Aufstieg



Fort mit diesen Hindernissen Wählt Sozialdemokraten!

Die Eiserne Front ruft: Volk, hab' acht!

Die rechtsstehende Weser-Zeitung bringt folgenden Bericht über eine Versammlung, die der Nationalsozialist Gottfried Feder in Bremen abgehalten hat, in der er erklärte:

„Vielleicht kommt es gar nicht zur Reichstagswahl. Es fehlt nur noch ein Tröpfchen, und unsere Geduld ist zu Ende... Wenn aber das Morden unter den SA-Leuten so weitergeht, werden wir das Notrecht unserer Partei proklamieren und dafür sorgen, daß in längstens 14 Tagen die rote Bestie erledigt ist. Heute noch wird der SA-Mann aus der Partei ausgeschlossen, der eine Waffe bei sich trägt. Es kann dahin kommen, daß der ausgeschlossen wird, der mit der Waffe sich nicht seiner Haut zu wehren weiß.“

Das ist die gewissenloseste Bürgerkriegshetze, das niederträchtigste Spiel mit dem Feuer. Heute schon steht fest, daß die Nationalsozialisten niemand aus der Partei ausschließen, weil er Waffen besitzt oder gebraucht. Heute schon steht fest, daß nationalsozialistische Provokateure mit dem Abzeichen des „Antifaschistischen Kampfbundes“ der Kommunisten mit den Waffen in der Hand von der Polizei aufgegriffen wurden.

Diese klassenverräterischen Spitzelmethoden gebraucht eine Partei, die es wagt, sich als „Arbeiterpartei“ zu bezeichnen und tagtäglich in ihrer Presse wie in ihren Versammlungen die deutsche Arbeiterbewegung verleumdet und zu Gewalttätigkeiten gegen die deutschen Arbeiter aufhetzt.

Die Blutschuld der letzten Wochen fällt auf alle die, die dieses Treiben begünstigen und zum offenen Bürgerkriege aufreizen

Die Bestie wütet!

Ob dem Reichskanzler von Papen, ob dem Freiherrn von Gayl und der gesamten Adelsregierung kein Grauen ankommt angesichts des Blutstromes, den der entfesselte Bürgerkrieg alltäglich über Deutschland ergießt?

Schlimmer als eine feindliche Besatzung haust Hitlers braune Bürgerkriegsarmee in Deutschland. Ein bürgerliches englisches Blatt, der „Manchester Guardian“, dessen Vertreter die Besatzungszeit im Rheinland mit erlebt hat, stellt fest, daß das Benehmen der Franzosen bei der Besetzung des Ruhrgebiets besser gewesen ist als das der SA-Männer in Berlin. Deren Auftreten ist eher mit dem der Separatisten des Rheinlandes zu vergleichen, die im Einverständnis mit den Franzosen 1923 die rheinischen Städte durchstreiften. Der Vergleich liegt nahe. In beiden Fällen handelt es sich um mörderisches Lumpengesindel, und wahrscheinlich wird man auch in den Hitlerbanden manche finden, die schon damals in den Separatistenbanden eine Rolle spielten.

Täglich fallen Opfer des Bürgerkriegs. Aus allen Teilen des Reiches kommen ununterbrochen Nachrichten von Überfällen, bei denen friedliebende Menschen den Hitlerschen Mordbestien zum Opfer fielen. Sonntag, der 10. Juli, war ein Großkampftag. Nach einer Zusammenstellung, die auf Vollständigkeit keinen Anspruch erhebt, betrug die Bilanz dieses Tages 17 Tote, 10 tödlich Verwundete und 181 Schwerverletzte, ungezählt die weit größere Zahl leichter Verletzter. Am schlimmsten war das Treiben der Hakenkreuzler in Schlesien. In Kanth im Kreise Neumarkt unternahmen die Nazis einen Feuerüberfall auf einen Umzug der Eisernen Front. In Ohlau überfielen Nazis nicht nur Reichsbannerleute auf der Straße, sie stürmten auch die Wohnungen bekannter Sozialdemokraten und verübten viehische Mißhandlungen. Das Sekretariat des ADGB wurde von dem Gesindel völlig demoliert und der Gewerkschaftssekretär Manche wurde mit Messern übel zugerichtet. Von den sonstigen Ereignissen dieses Blutsonntags sei nur noch der Überfall auf das Gewerkschaftshaus in Eckerfürde erwähnt, dessen Einrichtung zerstört wurde. Von den Delegierten des Landarbeiter-Verbandes, die dort eine Konferenz abhielten, wurden zwei durch Messerstiche getötet.

und ihn vorbereiten, um die Reichstagswahl zu verhindern und dem Volke die Möglichkeit zu nehmen, mit dem Stimmzettel in der Hand seinen Willen zum Ausdruck zu bringen.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Sichert das Wahlrecht! Laßt euch von euren Klassenfeinden nicht provozieren!

Weist aber auch denen die Tür, die von der Einheitsfront reden und in Wahrheit das Spiel der Reaktion treiben. Weist die zurück, die die in der Eisernen Front zusammengefaßten Organisationen tagtäglich in Wort und Schrift des Klassenverrats bezichtigten und damit der wahren Einheitsfront in den Rücken fallen.

Die deutsche Arbeiterklasse führt im Zeichen der Eisernen Front den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus im ganzen Lande.

Es gibt keine Einheitsfront außer der Eisernen Front!

Arbeiter! Männer und Frauen, Werktätige in Stadt und Land! Wer die Einheitsfront der werktätigen Masse ehrlich will, kämpft in den Reihen der Eisernen Front. Nur dort ist sein Platz.

Nur in strengster Disziplin, nur im Zeichen der drei Pfeile machen wir die Berechnung der Gegner auf die Zersplitterung der Arbeiterklasse zuschanden, vernichten wir ihre Hoffnung, den Freiheitswillen des Volkes in blutigen Straßenkämpfen zu ersticken.

Vertraut auf eure Kraft! Vertraut auf eure Führung!

Es lebe die Eiserne Front!
Freiheit!

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front.

Wir haben diese Fälle hervorgehoben, weil sie zeigen, daß sich die Zerstörungswut der Hakenkreuzbanditen hauptsächlich gegen die Gewerkschaftshäuser, gegen das Eigentum der Arbeiter richtet. Eine vollständige Aufzählung der meist mit viehischer Roheit ausgeführten Mordtaten der Nazis, auch nur aus der Zeit, seit ihnen die Straße freigegeben wurde, würde Bände füllen.

Die volle Verantwortung für dieses Treiben, das den deutschen Namen schändet, trifft das Kabinett der Barone, das durch die Aufhebung des Uniformverbots dem Mordgesindel die Straße freigegeben hat. Die Regierung von Papen will es nicht wahrhaben, daß die von der vorigen Regierung angeordnete Auflösung der Hitlerschen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln notwendig war, „um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten“, wie es in der Begründung der damaligen Notverordnung heißt. Als der Reichspräsident sich entschloß, seinen neuen Ratgebern zu folgen und die wenige Wochen zuvor ergangene Verordnung zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aufzuheben, hat er in dem Brief an den Reichsinnenminister Freiherrn v. Gayl der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich der politische Meinungskampf in ruhigen Formen abspielen werde, und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Der Reichspräsident hat für diesen Fall seiner Entschlossenheit Ausdruck gegeben, mit allen ihm verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen Ausschreitungen vorzugehen. Die Verantwortung dafür, daß dies bisher nicht geschehen ist, trägt der Reichsinnenminister.

Am 27. Juni sprachen Vertreter des sozialdemokratischen Parteivorstandes beim Reichsinnenminister vor, nachdem zwei Tage zuvor die Hakenkreuzler einen vorbereiteten Angriff auf das „Vorwärts“-Gebäude unternommen hatten. Auf die Frage, ob nun nicht die Zeit für das vom Reichspräsidenten angedrohte „Vorgehen mit allen verfassungsmäßigen Mitteln“ gegeben sei, erwiderte Freiherr von Gayl: „Noch nicht!“ Am 12. Juli waren erneut Vertreter der Sozialdemokratischen Partei beim Reichsinnenminister, um ihm die Bluthilanz der letzten Tage vorzulegen. Freiherr von Gayl sagte, daß er Provokationen mißbillige und es auf das äußerste bedauere, daß es infolge solcher Provokationen zu blutigen Zusammenstößen gekommen sei, aber — die Wiedereinführung des Uni-

formverbots lehnte der Minister ab.

Diese Stellung des durch sein Amt für die Wahrung von Sicherheit und Ordnung verantwortlichen Ministers ist verständlich. Die gegenwärtige Reichsregierung verdankt ihre Existenz dem mit Hitler abgeschlossenen Pakt. Die Regierung hat den Reichstag aufgelöst, um einen anderen Reichstag zu bekommen, in dem noch mehr Nationalsozialisten sitzen, um die Regierung der Barone zu stützen. Das einzige Mittel, von dem sich die Nazis Erfolg bei den Wahlen versprechen, ist der Terror, die Einschüchterung der Wähler durch uniformierte Schlägerkolonnen, die vor keinem Mord zurückschrecken. Ein neues Uniformverbot wäre nicht nur eine Verletzung der Hitler gegenüber eingegangenen Verpflichtungen, sondern würde auch dem mit der Auflösung des Reichstages verfolgten Zweck widersprechen.

Dem Hand-in-Hand-Arbeiten der Adelsregierung mit den Nationalsozialisten entspricht es auch, daß sich die Nazis mit einer geradezu bewundernswerten Frechheit als die verfolgten Unschuldslämmer hinstellen, die ohne Grund von den anderen verfolgt und angegriffen werden. Die einflußreichen Gönner der Nazis stellen sich an, als glaubten sie den handgreiflichen Schwindel. Daraus schöpfen die Nazis wiederum Mut, nach Unterdrückungsmaßnahmen gegen ihre Gegner zu rufen. Sie tun das mit einer Lungenkraft und Ausdauer, durch welche die Reichsregierung immer wieder an ihre den Nazis gegenüber eingegangenen Verpflichtungen gemahnt wird.

Es muß diesem Treiben gegenüber doch daran erinnert werden, daß, schon ehe es Nazis gab, Wahlkämpfe geführt wurden, oft mit großer Erbitterung. Dabei suchte aber jede Partei die Wähler durch die Wucht ihrer Argumente zu überzeugen. Es kam auch früher gelegentlich zu Schlägereien bei Wahldemonstrationen, aber das waren Ausnahmen, die deshalb großes Aufsehen erregten, denn in der Hauptsache wurde der politische Kampf mit geistigen Waffen geführt. Seitdem die Nazis aufgekommene sind, ist das anders geworden. Die Leute, die sich unter der Hakenkreuzfahne sammeln, können mit geistigen Waffen nicht umgehen, sie können gegen andere Anschauungen nur mit roher Gewalt ankämpfen. Seitdem sich die Nazis im öffentlichen Leben breit zu machen beginnen, ist für politische Versammlungen ein Saalschutz notwendig geworden, den man früher nicht kannte.

Zur Abwehr nationalsozialistischer Kampfmethoden mußten Orga-



nisationen ins Leben gerufen werden. Zum Reichshanner Schwarz-Rot-Gold, der Schutztruppe der Republik, haben sich die Gewerkschaften, die Arbeitersportvereine geschart. Die gesamte denkende Arbeiterschaft steht nun vereint in der Eisernen Front zur Abwehr der Hakenkreuzpest.

Die Eiserne Front ist die Abwehrorganisation der Arbeiterschaft. Die Nazis erheben, gestützt auf ihre uniformierten Banden, den Anspruch, zu herrschen. Sie verlangen für sich das Recht, jeden niederzuschlagen, dessen Nase ihnen nicht gefällt oder von dem sie mit Recht oder Unrecht annehmen, daß er ihre Gesinnung nicht teile.

Demgegenüber vertritt die Eiserne Front den Grundsatz der Gleichberechtigung. Sie verabscheut die Gewalt, sie will den Kampf mit geistigen Waffen. Aber sie duckt sich nicht vor den Banditen. Die nationalsozialistischen Terrorbanden können nur mit ihren eigenen Waffen geschlagen werden, und so muß sich die Eiserne Front überall dort, wo es nötig ist, auch auf das von den Nazis proklamierte Faustrecht einstellen.

Aber wie beschämend ist es für das Volk der Denker und Dichter, daß für seine politischen Auseinandersetzungen das Faustrecht maßgebend ist. Die Nazis haben diese Sitten eingeführt und die Regierung der Barone gewährt ihnen wohlwollende Duldung. Sorgen wir dafür, daß die Wahl am 31. Juli mit der Regierung der Barone auch den Nazispuk beseitigt.

Wer bezahlt die neue Naziuniform?

Die Bürgerkriegsarmee der Nazis ist nach ausländischem Vorbild neu eingekleidet worden. Man schätzt die Kosten der gesamten Ausrüstung je Mann auf mindestens 150 Mk. Bei der Annahme, daß die SA-Armee 100 000 Mann stark sei, hätten für die neue Uniform etwa 15 Millionen Mark aufgewendet werden müssen. Die Nazis geben an, daß die SA- und SS-Formationen insgesamt 400 000 Mann stark seien. Stimmt das, so würde deren Einkleidung den riesenhaften Betrag von 60 Millionen Mark erfordern.

Über die Höhe der Summe kann man streiten, aber die Tatsache bleibt doch bestehen, daß in einer Zeit, da Millionen von Volksgenossen buchstäblich hungern, riesige Summen aufgebracht werden, um Hitlers Bürgerkriegsarmee neu einzukleiden und sie zu erhalten.

Woher stammt dieses Geld? Man weiß, daß die Großgrundbesitzer, Industriellen und sonstige Großkapitalisten eine sehr offene Hand für Hitler haben. Sie hoffen, daß sich ihre Aufwendungen im Dritten Reich reichlich verzinsen werden. Da unter den freigebigen Gönnern Hitlers auch manche Stipendiaten des Reichs sind, die aus öffentlichen Mitteln saniert wurden oder Subventionen beziehen, hat auch die Reichskasse, wenn auch nur indirekt, zur Finanzierung der Hitler-Armee beigetragen.

Aber Hitlers Parteiapparat ist eine so kostspielige Einrichtung, daß die hier angedeuteten Quellen schwerlich genügen, um die erforderlichen Millionen aufzubringen. Die sonst so geschwätzig Bonzen der Nazis wahren strenges Stillschweigen über die Geldquellen. Sie werden triftige Gründe haben, das Geheimnis zu hüten.

Der Vorstand des ADGB zum freiwilligen Arbeitsdienst

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner letzten Sitzung abschließend Stellung zur Frage des Arbeitsdienstes genommen. Er wird das Ergebnis seiner Beratung der Reichsregierung unterbreiten. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wendet sich auf das entschiedenste gegen alle Pläne, die in irgendeiner Form eine Arbeitsdienstpflicht vorsehen oder die den freien Arbeitsmarkt noch weiter einengen. Er tritt ein für eine wirksame Arbeitshilfe für die jugendlichen Erwerbslosen; aufgebaut auf absoluter Freiwilligkeit. Soweit außer beruflichen Schulungsmaßnahmen bestimmte Arbeitsobjekte in Frage kommen, muß deren unbedingte Zusätzlichkeit gewährleistet sein.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie im Juni 1932

Der allgemeine Arbeitsmarkt hat im Juni, dem jahreszeitlich günstigsten Monat, nur eine geringe Entlastung erfahren.

übergegangen. Die Zahl der Arbeitslosen ist sogar noch um ein geringes gestiegen.

Auch die Erhebung über den Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie gibt Kunde von einer weiteren Verschlechterung der Lage.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband Ende Juni 1932.

Table with 15 columns: Gau, Berichtet haben, Arbeitslose, Von je 100 Mitgliedern, Verkürzt arbeiteten, Die wöchentliche Arbeitszeit, Nicht berichtet haben. Rows include Ostpreußen, Stettin, Breslau, Berlin, Brandenburg, Sachsen, Erfurt, Magdeburg, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt, Nürnberg, München, Stuttgart, Hauptkasse, Zusammen, Im Vormonat.

Die Kurzarbeit hat eine kleine Minderung erfahren; in 345 Betrieben mit 23 439 Arbeitern, das sind 47,3 Prozent der an der Erhebung Beteiligten, wurde verkürzt gearbeitet.

Ferner in den Sägewerken und Sperrholzbetrieben; auch die Bleistiftfabriken, die Korben-, Korbwaren- und die Sport- und Kinderwagenfabriken melden zahlreiche Entlassungen.

Vormonat, die Fabrikation von Uhrgehäusen, Klavieren und Pfeifen. Dazu sind jetzt auch die Korbwarenfabriken gekommen.

Der Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie im Monat Juni 1932.

Table with 12 columns: Berufszweig, Anzahl der Beschäftigten, Beschäftigung, Von je 100 Beschäftigten entfallen auf Betriebe. Rows include Möbel, Innenausbau, Weiße Möbel, Büromöbel, Türen, Fenster usw., Stühle, Rahmenleiste, Vergold., Uhrgehäuse, Holzwaren, Klaviere, Orgeln, Harmoniken, Sägewerke, Kisten, Packfässer, Sperrholz, Schuhleisten, Bürsten, Pinsel, Käme, Haarschmuck, Käpfe, Pfeifen, Bleistifte, Stuhlrohr, Korben-, Korbwaren, Sport- u. Kinderwagen, Karosserien, Werken, Nähmaschinenmöbel, Zusammen, Im Vormonat.

530 gesetzte Betriebe mit Arbeitern: 1) 3 mit 21, 2) 1 mit 39, 3) 1 mit 33, 4) 2 mit 17, 5) 2 mit 28, 6) 3 mit 19, 7) 1 mit 32, 8) 1 mit 39, zusammen 16 Betriebe mit 542 Arbeitern.

Verbindlichkeit - Allgemeinverbindlichkeit

Die Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 gibt die Möglichkeit, einen Schiedsspruch für verbindlich zu erklären.

auf die Anwendung ihrer Befugnisse verzichtet. Wenn man die Fälle betrachtet, in denen in den letzten Jahren die Verbindlichkeit ausgesprochen oder abgelehnt wurde.

ein solcher Fall nicht vor, wenn Arbeiter die Antragsteller sind.

Etwas anderes ist die Allgemeinverbindlichkeit. Sie beruht auf § 2 der Tarifvertragsverordnung in der Fassung vom 1. März 1928.

Unternehmerorganisationen zum Abschluß von Tarifverträgen, die nur die eigenen Mitglieder binden, merklich herabgemindert.

Die Stellung des Reichsarbeitsministeriums zur Allgemeinverbindlichkeit ist anscheinend anders als zur Verbindlichkeitsklärung.

Eigenartig berührt die Entscheidung über den Mantelvertrag für den Freistaat Sachsen. Die Allgemeinverbindlichkeit des Mantelvertrages ist ausgesprochen mit Ausnahme der Kostgeldsätze für die Lehrlinge.

Aus der Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums kann man schließen, daß im Gegensatz zu der Behandlung der Anträge auf Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen solche auf Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen nicht von vornherein aussichtslos sind.

Holzgewerbe in Sachsen

Die vor dem Schlichtungsausschuß in Dresden geführten Verhandlungen mit dem Verband sächsischer Tischlerinnungen zeitigten einen Schiedsspruch, der den Ecklohn ab 1. Juli auf 90 Pf., ab 1. Oktober auf 88 Pf. festsetzt, kündbar zum 31. Dezember.

Holzgewerbe in Rheinland-Westfalen

Der verbindliche Schiedsspruch, zu dem der Regierungsrat Koch vom Verein der Holzbearbeitungsfabrikanten im Industriegebiet und von den Arbeitervertretern ermächtigt war, ist am 8. Juli gefällig geworden.

Holzgewerbe in Lippe-Deimold

Die Verhandlungen am 11. Juli vor dem Schlichtungsausschuß in Bielefeld endeten mit einem Schiedsspruch, der den Tariflohn an der Spitze auf 77 Pf., ab 1. Oktober auf 75 Pf. festsetzt mit Geltung bis zum 31. Oktober 1932.

Holzgewerbe in Kassel

Mit der Zwangsmung der Schreiner wurde am 7. Juli eine Vereinbarung getroffen, nach welcher der Mantelvertrag mit Ausnahme des Anhanges über die Lehrlinge wieder in Kraft gesetzt wird.

Der Streik in Gollnow beendet

Die Mitteilungen der Tagespresse über Zusammenstöße bei denen angeblich die Polizei mit der Schußwaffe eingriff, waren wie uns berichtet wird, stark übertrieben.

Mit Zufuhr von Ainfur Münster ist am 30. Wofanbauwey föllig



Unterhaltung und Wissen



Upkon Samuel suchende
29. Fortsetzung
Copyright by Malik-Verlag AG, Berlin

Der Bursche machte sich sofort auf den Weg nach Herrn Wygants Büro. Doch noch ehe er die Brücke erreichte, sauste Herrn Wygants Automobil an ihm vorüber, und er machte kehrt und strebte abermals dem Hause zu.

Diesmal läutete er an der Vordertür. „Ich bin Samuel Prescott von der Sankt-Matthäus-Kirche“, sagte er dem Diener. „Ich muß Herrn Wygant in einer wichtigen geschäftlichen Angelegenheit sprechen.“

Herr Wygant saß in seiner Bibliothek am Fenster. Der Raum war voll erlesener Bücher und schien tiefe, Jahrhunderte alte Stille auszutönen. Herr Wygant selbst war hochgewachsen und stattlich, er sah vornehm und zurückhaltend aus. Samuel ballte die Fäuste und ging sogleich zum Angriff über. „Ich bin Samuel Prescott, der Küstergehilfe an der Sankt-Matthäus-Kirche“, erklärte er. „Ich muß mit Ihnen über etwas sehr, sehr Wichtiges sprechen.“

„Ja?“ sagte Herr Wygant fragend. Und Samuel erzählte wieder einmal, wie er auf die abschüssige Bahn geraten war und von Pastor Vince bekehrt wurde. Er berichtete alle Einzelheiten, damit der andere seinen Eifer recht begreife. Dann zählte er die Bekehrungen auf, die ihm gelungen waren, sowie seine Unterredung mit Charlie Swift. „Dieser Mann wollte nichts von der Kirche wissen, weil so schlechte Menschen zu ihr gehören.“

Herr Wygant hatte mit stummer Verblüffung gelauscht; nun erkundigte er sich: „Wer sind diese schlechten Meerschweinchen?“

„Zum Beispiel Sie.“
„Ich?“ rief Herr Wygant bestürzt. „Was tat ich denn?“



„Erstens lassen Sie in Ihrer Spinnerei kleine Kinder arbeiten und ernannten den Senator des Staates eigens zu dem Zwecke, das Gesetz über Kinderarbeit zu bekämpfen. Zweitens halten Sie Reden, geben vor, ein politischer Reformier zu sein, während Sie gleichzeitig Slattery bestechen, um Konzessionen zu erhalten.“

Herr Wygant rang nach Atem. „Junger Mann!“ rief er schließlich. „Das ist die größte Frechheit, die mir je vorgekommen ist!“

Der Bursche trat auf ihn zu, streckte die Arme aus. „Herr Wygant! Seien Sie mir nicht böse! Ich flehe Sie an: verhärten Sie nicht Ihr Herz! Ich kam um Ihre Willen her, kam, weil ich es nicht ertragen kann, daß ein Mitglied der Sankt-Matthäus-Kirche derartige Handlungen begeht!“

Herr Wygant starrte ihn einen Augenblick stumm an. „Ich möchte eines erfahren: Weiß Pastor Vince um die Sache?“

„Ich sprach zuerst mit dem Pastor darüber“, erwiderte Samuel. „Er aber wollte keine Schritte unternehmen, sagte, ich müsse Ihnen klarmachen, daß er mein Vorgehen mißbilligt. Ich kam von selbst, niemand schickte mich, Herr Wygant.“

Abermals trat eine Pause ein. „Sie sind mir doch nicht böse?“ fragte Samuel.

„Nein, ich bin nicht böse — Sie sind ja noch ein Kind, wissen nicht, was Sie tun.“

„Oh!“

„Es mangelt Ihnen Erfahrung.“

„Herr Wygant, alles, was ich sagte, ist wahr.“

„Ja, gewissermaßen ist es wahr.“

„Und ist ein Verbrechen.“

„Das kommt nur Ihnen so vor. Sie verstehen nichts von derartigen Dingen.“

„Sie korrumpieren die Regierung unseres Landes, Herr Wygant.“

Die Zukunft ist unser!

Wir stehen am Amboß und schmieden das Eisen.

Wir schwingen den Hammer und lassen ihn kreisen,

Wir hängen am Seil, über gähnender Kluft.

Auf schwankenden Brettern, hoch in der Luft.

Wir halten im Auge den Gang der Maschinen,

Den brodelnden Sud in der Brauerei.

Wir kriechen hinein in die nachtdunklen Minen:

Wir dienen der Erde und machen sie frei!

Wir leben im Dunkeln und streben ins Helle.

Wir fronen im Elend, doch schon an die Schwelle

Der freieren Zukunft sind wir gerückt.

Zu lange schon haben uns Ketten gedrückt.

Wir stellen zum Kampf uns und schwingen die Fahnen.

Wir schüren den Brand, der im Herzen uns glüht.

Wir wollen der Freiheit die Wege bahnen.

Wir singen gemeinsam der Zukunft ein Lied.

Die Zukunft ist unser. Die Knechtschaft muß fallen.

Die Arbeit sei frei, ihre Frucht gehört allen.

Der Gerechtigkeit diene ein freier Staat.

Und dem sei die Ernte, der auswarf die Saat.

Wir haben gesät und es soll nicht entreißen

Der Gegner die Frucht uns, den Sieg unsrer Pflicht;

Sein Haß wird nur enger zusammen uns schweißen,

Wir stellen zum Kampf uns und fürchten ihn nicht.

Erich Grlaar

„Die Regierung unseres Landes besteht aus erpresserischen Politikern, die sich wie Aasgeier auf meine Unternehmen stürzen.“

Samuel schwieg.

„Sehen Sie, junger Mann“, fuhr Herr Wygant fort, „auf meinen Schultern lastet schwere Verantwortung, ich muß viele Interessen schützen und bin dabei von einem Rudel Wölfe umringt.“

„Ja, aber was wird aus der Unabhängigkeit der Regierung?“

„Ich weiß es nicht. Manchmal scheint mir, daß es mit der unabhängigen Regierung überhaupt zu Ende gehen wird, wenn sich die Massen nicht reformieren wollen.“

„Was sollen sie denn tun?“

„Anständige Leute wählen, mit denen man Geschäfte machen kann — nicht aber Gastwirte und schurkische Arbeiterführer.“

Samuel überlegte. „Leute, mit denen man Geschäfte machen kann“, wiederholte er.

„Was für Geschäfte meinen Sie?“

„Ich verstehe Sie nicht.“

„Sie erhielten von den Politikern eine Konzession, die Ihnen ermöglicht, den Massen neunundneunzig Jahre beliebig hohe Steuern aufzuerlegen. Glauben Sie, daß dies für die Bevölkerung ein gutes Geschäft war?“

Keine Antwort.

„Ein wie großer Teil des Besitzes, den Sie schützen, wurde auf die gleiche Art erworben, Herr Wygant?“

Herr Wygant runzelte die Stirn. Doch konnte kein Mensch zornig bleiben, der Samuels zerquältes Gesicht sah.

„Junger Mann, ich kann nur wiederholen, daß Sie keinerlei Erfahrung besitzen, die Welt nicht kennen. Zöge ich mich zurück, würden dann die Dinge anders werden? Die Konzessionen fielen anderen in die Hände. Das ist die Konkurrenz des Kapitals.“

„Die Konkurrenz des Kapitals“, meinte Samuel sinnend. „Mit anderen Worten, alle jagen dem Geld nach, und jeder errafft, was er kann.“

„Man kann es auch so auffassen.“

„Und für Sie ist alles erledigt, wenn Sie für Ihre Leute die Beute errungen haben.“

„Ja.“

„Ich begreife“, sprach Samuel leise. „Es gibt nur eines, das ich nicht verstehe.“

„Was?“

„Daß Sie der Kirche angehören, Herr Wygant. Was hat die Jagd nach dem Gelde mit Jesu Lehren zu schaffen?“

Aber nun mußte Samuel erkennen, daß er alle Grenzen überschritten habe. „Junger Mann“, sagte Herr Wygant, „ich sehe den Zweck dieser Unterredung nicht recht ein.“

„Herr Wygant, Sie erniedrigen die Kirche.“

„Genug. Sie mißbrauchen meine Gütmütigkeit“, Herr Wygants Stimme klang hart und streng, „vergessen, wer Sie sind.“

„Ich bin schon häufig an meine Stellung erinnert worden“, entgegnete Samuel mit erstickter Stimme, „aber ich weiß nicht, was meine Stellung ist.“

„Das merkt man. Sie haben Ihre Arbeit zu tun, Höherstehenden mit Achtung zu begegnen und Ihre Ansichten für sich zu behalten.“

„Ich sehe, daß Sie mir böse sind. Ich kann Ihnen meinen Standpunkt nicht begreiflich machen — ich versuche ja nur, die Wahrheit zu entdecken, das Rechte zu tun, Herr Wygant.“

„Das ist möglich ...“

„Ich möchte auch verstehen ... wodurch wird ein Mensch höherstehend als ich?“

„Leute, die älter und klüger sind ...“

„Handelt es sich hierbei wirklich um Alter und Klugheit? Ich arbeitete für Herrn Albert Lockman, und der ist kaum älter als ich. Und er war dennoch höherstehend.“

„Ja“, gab Herr Wygant zu.

„Trotzdem er ein schlechtes Leben führt?“

„Wie?“

„Ja, Herr Wygant, er trinkt, geht mit schlechten Frauen um und steht dennoch über mir.“

„Hm.“

„Liegt der Grund nicht einfach darin, daß er viel Geld hat?“ fragte Samuel erbarungslos.

Herr Wygant schwieg.

„Und bedeutet meine Stellung nicht, daß ich kein Geld habe?“

Abermals erhielt er keine Antwort.

„Und trotzdem erkenne ich die Wahrheit, muß sie aussprechen. Wie kann ich in eine Stellung gelangen, wo das möglich ist?“

„Dieses Problem“, erwiderte Herr Wygant kalt, „werden Sie schon selbst lösen müssen.“

„Anscheinend müßte auch ich nach Geld jagen, wenn einzig und allein das Geld zählt.“

„Junger Mann, Sie tun mir leid, werden noch häufig mit dem Kopf gegen die Wand rennen. Sie müssen das Leben nehmen, wie es ist. Vielleicht würden viele von uns es ändern, läge dies in unserer Macht. Aber das Leben ist ein harter Kampf, der Kampf ums Dasein. Die Tauglichsten bleiben am Leben ...“

Samuel hob unterbrechend die Hand.

„Danke, Herr Wygant, diese Auffassung ist mir bekannt.“

„Was wollen Sie damit sagen?“

„Ich kann es Ihnen nicht erklären; Sie würden mich ja doch nicht verstehen. Ich sehe, daß auch Sie ein Anhänger Herbert Spencers sind. Das ist ganz recht ... aber weshalb gehören Sie dann der Kirche an, weshalb geben Sie vor, ein Anhänger Jesu zu sein ...“

Herr Wygant erhob sich hastig. „Genug!“ schrie er. „Verlassen Sie mein Haus!“

„Aber, Herr Wygant!“

„Kein Wort mehr. Gehen Sie!“

Und damit war die Unterredung beendet.

(Fortsetzung folgt.)

Ertragsteigerung der Kartoffel

So lieblich die Kartoffelblüte aussieht, so wenig Zweck hat sie jedoch für die Pflanze, weil die Kartoffeln nicht durch Samen, sondern durch die Knollen fortgepflanzt werden. Durch die Entwicklung der Blüten und die Ausbildung der Früchte werden aber gerade während der Zeit, in der die Knollen im Boden schon stark wachsen, viele wertvolle Baustoffe verbraucht, die in-

dessen gänzlich verlorengehen, da ja die Blüte nutzlos ist. Auch für die Insekten besitzt die Kartoffelblüte keine Bedeutung, weil sie nur wenig Blütenstaub enthält. Zudem gibt es auch Sorten, bei denen sich die Blüten überhaupt nicht öffnen, sondern einfach nach einiger Zeit abfallen. Aber alle diese Blüten entziehen der Pflanze einen Teil der Kraft, die besser den Knollen zukäme.

Nun läßt sich das Entblühen der Kartoffelpflanze im größeren Betrieb allerdings nicht gut vornehmen, im Kleinbetrieb und Hausgarten empfiehlt es sich jedoch unbedingt, die Blüten so bald wie möglich, das heißt noch ehe sie sich völlig entwickeln, zu entfernen. Wieviel Nährstoffe der Kartoffelpflanze durch die Blütenbildung entzogen werden, zeigten erst neuerdings wieder Versuche. Als man ein Ackerstück mit Kartoffeln bepflanzt und die eine Hälfte rechtzeitig entblüht wurde, ergab das Stück mit den entblühten Pflanzen eine Ernte von 144 Kilogramm, wogegen die Kartoffelpflanzung, die ihre Blüten vollständig ausgebildet hatte, nur einen Ertrag von 119,7 Kilogramm lieferte.

Einfälle, die Reichtum brachten

Der Tod des Rasierklingskönigs King Camp Gillette bringt wieder einmal in die Erinnerung, wieviel Reichtum man sich mit einem einzigen glücklichen Einfall erwerben kann, und die vielen, die sich den Kopf zerbrechen, um auch einmal einen solchen „goldenen Gedanken“ zu haben, erhalten dadurch einen neuen Ansporn. Aber wer sich am meisten das Gehirn nach einer solchen Idee zermartert, wird sie wohl am wenigsten finden. Denn auch hier spielt der Zufall eine Rolle, und der erleuchtende Gedankenblitz kann bei irgendeiner alltäglichen Beschäftigung, in der Küche oder im Garten, im Büro oder im Badezimmer plötzlich einschlagen.

Einige solcher Einfälle, die Reichtümer brachten, werden in einer englischen Zeitschrift zusammengestellt. Jener Tom Huston zu Columbus in dem Unionstaat Georgia hat sicherlich sehr gefluht, als er sich beim Schälen einer Erdnuß den Finger aufritzte. Aber die Wut, die ihn dabei ergriff, brachte ihn auf den Gedanken, eine Maschine zum Schälen von Erdnüssen zu erfinden. Er stellte dann auch einen Apparat her, mit dem man die Erdnüsse rösten kann, und so wurde der Ritz im Finger der Anlaß, daß er nach vier Jahren zum Millionär geworden war.

Ein Zufallsgedanke war auch der Anfang eines Weltgeschäfts, das ein Barbier aus dem Londoner Viertel Soho gründete. Er kam auf den Einfall, eine durchsichtige Seife zu schaffen, und heute ist sein Name in allen Teilen der Erde verbreitet. Er hieß Andrew Pears.

Die Fabrikanten, die heute mit dem Glasieren von Töpferwaren Geld verdienen, verdanken ihren Wohlstand einer Hausangestellten, die auf einen Topf aufpassen sollte, in dem Salzlauge kochte. Sie schlief ein, und als sie aufwachte, entdeckte sie, daß das Salzwasser übergelaufen war und den Topf glasiert hatte. Ihr Herr wurde durch diese zufällige Unachtsamkeit reich.

Gar viele Gegenstände, deren wir uns heute alltäglich bedienen, sind durch zufällige Einfälle entstanden. Ein Mann namens Palmer kam auf die glückliche Idee, die Korken der Bierflaschen durch Metallkappen zu ersetzen. Nachdem er einen Geldmann gefunden hatte, der die Herstellung im großen in die Wege leitete, hat er mit dieser Erfindung ein Vermögen verdient.

Ebenso wurde ein gewisser H. L. Lipman zum reichen Mann, als er Bleistifte herstellte, die am Ende mit einem Radiergummi versehen waren. Die gewellte Haarnadel, das Löschpapier, wasserdichte Stoffe und noch viele andere heute in der ganzen Welt als praktisch erkannte Dinge sind durch solche Zufallseinfälle entstanden und haben Reichtümer gebracht.

Die Nazis und die Industriegelder

Die 162 Nationalsozialisten, die nach der Wahl vom 24. April in den Preussischen Landtag eingezogen sind, haben diesem Parlament ihren Stempel aufgedrückt. Praktische Gesetzgebungsarbeit ist fast unmöglich geworden. Die Zeit wird totgeschlagen mit Agitationsreden, die zu unmöglichen Anträgen gehalten werden, und alle Augenblicke gibt es Krach. Dank der nationalsozialistischen Invasion herrscht im Landtag ein Ton, der schlimmer ist als in einer üblen Kaschemme. Das Auffliegen der Sitzung wegen eines Krachs, den die Nazis veranstalten, ist keine Seltenheit.

Über die eigentlichen Gründe, welche die Nazis veranlaßten, die letzte Sitzung zu sprengen, werden jetzt von der „Berliner Volkszeitung“ interessante Einzelheiten mitgeteilt. Unter den zahlreichen Agitationsanträgen, in denen die Nazis mit den Kommunisten konkurrieren, war ein solcher auf Enteignung der Banken, Reduzierung aller Gehälter auf höchstens 12 000 Mk. usw., der von den Kommunisten eingebracht war, von den Nazis „verbessert“ und mit ihrer Hilfe angenommen wurde.

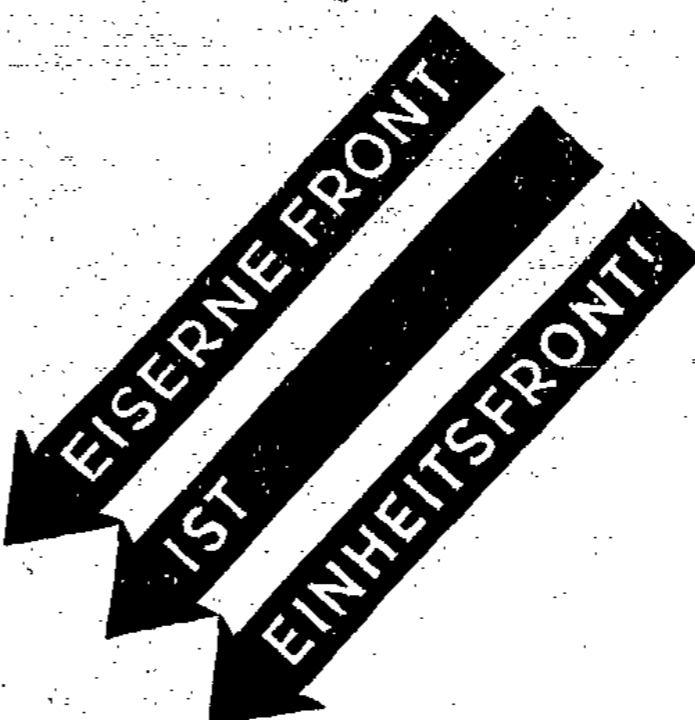
Das war unter dem Druck der Berliner SA. auf Veranlassung von Goebbels erfolgt. Goebbels hatte in einer Sitzung des Fraktionsvorstandes der Nationalsozialisten er-

klärt, daß mit einem Zerfall der gesamten norddeutschen SA. zu rechnen sei, wenn die Landtagsfraktion nicht den deutlichen Beweis dafür erbringe, daß sie zu anti-kapitalistischen Maßnahmen entschlossen sei. Daraufhin hat dann die Nazifraktion dem kommunistischen Antrag zugestimmt.

Dieser Beschluß hat aber die Geldgeber der Nazis arg verschuppt. Thyssen erklärte Herrn Hitler, daß die Industrie eine solche Bolschewisierung der Nationalsozialistischen Partei unter keinen Umständen dulden würde. Wenn noch einmal solche Anträge gestellt oder angenommen würden, wenn der Wahlkampf etwa ganz auf diese Parolen gestellt würde, so würden sofort alle Zahlungen an die Partei seitens der Industrie eingestellt.

Unter dem Eindruck dieser Drohung wurde der Führer der preussischen Nazifraktion, Kube, nach München bestellt, wo ihm Hitler gründlich den Magen reinmachte. Hitler befahl Kube, unter allen Umständen zu verhindern, daß im Landtag sich wieder solche bolschewistische Entgleisungen ereignen. Es ginge unter gar keinen Umständen an, daß die Partei in ein bolschewistisches Fahrwasser gerissen werde. Wenn sich so etwas wiederhole, werde

Kube als Fraktionsführer abgesetzt werden. Schweren Herzens reiste Kube, nachdem er sich seine Abreibung geholt hatte, nach Berlin. In den nächsten Tagen sollte im Preussischen Landtag mit der Etatsberatung



begonnen werden, und die Kommunisten waren so boshaft, hierbei die Anträge zu stellen, die sich aus den gemeinsam mit den Nazis gefaßten Beschlüssen ergaben. Dann mußten die Nazis sich entweder blamieren durch die Ablehnung der Anträge, die sie mit beschlossen hatten, oder sie mußten konsequent bleiben und damit die Sperrung der Industriegelder

riskieren. Und was das schlimmste war, die Entscheidung mußte in der Zeit vor der Reichstagswahl fallen.

Die Nazifraktion wich dem Dilemma aus durch den Beschluß, bei der nächsten Gelegenheit einen solchen Krach zu machen, daß die Sitzung aufliegt, und dann vor der Reichstagswahl keine Sitzung zu halten. Dieser Beschluß wurde am 8. Juli bei der Abstimmung über den Amnestieantrag durchgeführt. Der unmögliche Amnestiebeschluß des Landtags war vom Staatsrat abgelehnt worden und er hatte bei der wiederholten Abstimmung im Landtag die jetzt erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erhalten. Es lag aber ein vom Staatsrat ausgearbeiteter Amnestieentwurf vor, über den eine Verständigung leicht zu erzielen wäre. Die Nazis hatten jedoch auf einmal kein Interesse mehr an der Amnestie. Viel wichtiger war es ihnen zu verhüten, daß ihre Unehrlichkeit und Doppelzüngigkeit noch vor der Reichstagswahl enthüllt würde. Deshalb machten sie Krach, der nationalsozialistische Präsident Kerrl hob die Sitzung auf und er sorgt auch dafür, daß die nächste Sitzung des Landtags erst nach der Wahl stattfindet.

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2



Togal-Tabletten
haben sich hervorragend bewährt bei
Rheuma / Gicht
Nerven-Schmerzen
Ischias, Hexenschuß und Erkältungskrankheiten. Löst die Harnsäure und ist stark bakterientötend. Über 6000 Arztegutachten! „Vollkommen unschädlich! Frag Sie Ihr. Arzt. Ein Versuch überzeugt! In all. Apothek. Ermäßigter Preis M. 1.25.
Wenn Schmerzen: Togal 12,6 Lit., 0,46 Chinin, 74,3 Acid. acet. aal.

Selbstbau
nach dem gründlichen, zuverlässigen, billigen Selbstbaubuch:
„Wohnlaube und Siedlerheim“
190 Seiten, mit ausführlichen Angaben über Grundstückskauf, Rechtsverhältnisse, Bauweisen, Werkzeuge, Materialbearbeitung, Einzel- u. Gesamtkosten. **1,20 Mk.**
An alle Verwaltungsstellen porto- und verpackungsfrei. Sonst gegen Vorauszahlung des Betrages auf das Postscheckkonto Deutscher Holzarbeiter-Verband Berlin 28397 oder per Nachn. geg. Spesenberechnung.
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:
Das Buch des Generals Deimling ist ein Volksbuch im besten Sinne des Wortes. Schlicht und klar geschrieben, dabei packend und fortreifend durch die Dramatik und Dynamik eines Soldatenlebens von friderizianischem Charakter. Das Schicksal hat von ihm ein Opfer an Gefühlen und Traditionen gefordert.

Der Verleger setzte, um das Buch breitesten Kreisen zugänglich zu machen, den Preis von 5,50 Mark auf 1,80 Mark herab. Die Kollegen, die trotz aller Nöte noch 1,80 Mk. für ein Buch, das lesenswert ist, ausgeben wollen, sollten sich die Lebenserinnerungen des Generals

Berthold von Deimling Aus der alten in die neue Zeit

anschaffen. — Deimling, General der Infanterie a. D., steht im 80. Lebensjahr und hat unerhört viel mitgemacht und erlebt, er hat sich durchgerungen vom Monarchisten zum Republikaner, vom Militaristen zum Pazifisten und steht heute noch in den Reihen der Republikaner seinen Mann.

Bestellungen zum Vorzugspreis von **1,80 Mark**
erledigt die
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Abteilung Buchhandlung
Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Alles billiger!
Westfälische Werkzeug-company
Hagen i. W.

Hobelbänke 50 RM.
2m lang, Stahlspindel, kompl., laQual. Blatt la gedämpft, Rotbuche, Garantie.
Werkzeuge Abbildung und Preisliste gratis.
Karl Ramisch, Pirna, „Kaserne“
Leimlöten, Furnierböcke
fabriziert als Spezialität, Preis: gratis
Paul Ott, Stuttgart, Hermannstraße 13

Gummiwaren Hygienisch, Artikel Preisliste 0 gratis
„Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 8.

Moderne Kleinmöbel
52 Tafeln (27x37cm) über 300 Modelle mit Seiten- u. Grundrissen kostet jetzt nur noch **7,50 Mk.**
Inhaltsverzeichnis:
Abstellische, Abwaschtische, Aktenständer, Aktentischen, Anrichten, Besenschrank, Blumenkasten, Blumenstellagen, Blusen-schrank, Bücherablagen, Bücherregale, Bücherschränken, Büromöbel, Bürstentische, Damenschreibtische, Dielenmöbel, Dreisitzstühle kombiniert mit Serviertisch, Eckschränken, Frisiertisch, Frisiertoiletten, Frisierspiegel groß, Frisierspiegel klein, Fluggarderoben, Flurgarderoben mit Sitzgelegenheit, Garderobenständer, Gartenbänke, Gartenhocker, Gartenmöbel, Gartensessel, Gartenstühle, Gartentische, Glasschränke, Glasvitrinen, Oranionophonplattenschrank, Handtuchhalter, Hocker, Kinderbett, Kinder-ouit, Kinderschränken, Kinderkommode, Kinderstisch, Kinderzimmerhocker, Kinderzimmerfußbänken, Kinderzimmermöbel, Kinderstuhl, Kindersessel, Kochlöfelfalter, Klappstisch, Klavier-sessel, Küchenbank, Küchenrahmen, Küchentritt, Lampentischen, Laufsteg für Kinder, Musikschrank, Nähtischen, Nähtische, Notenpulte, Notenschränke, Notenständer, Palmenkübel, Papierkorb, Postamente, Puff für Wäsche, Putzzeugkasten, Rauchische, Rauchische mit Messingplatte, Rauchische mit Ständerlampe, Radioschränke, Spanische Wand, Servierschränken, Servier-tische (fahrbar), Spielzeugschrank, Schaukel für Kinder, Schul-möbel, Stuhl für Kinderzimmer, Ständerlampen, Ständerlampen mit Tischchen, Teetische und Tischchen, Teetisch mit Etager, Teilungswand, Tische, Topfbrett mit Handtuchhalter, Truhen, Truhenbänke, Vogelbauer, Vitrinen, Wandschränken, Wandschränke, Wäscherkommoden, Wäscheschränken, Wäschertruhen, Wiegen, Wiege kombi. m. Kommode, Wickeltisch, Wickelkommode
Zu beziehen durch die
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH / Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2
Postcheckkonto: Berlin Nr. 28397 (Deutscher Holzarbeiter-Verband)



Gewaltige Mengen Waren
würden enorm billig erworben!
Deshalb jetzt diese rätselhaften Preise!

Diese Preise sind sofort ungültig, wenn ein Inserat mit höheren Preisen erscheint. Bestellen Sie also in Ihrem Interesse sofort!

Abgabe an jeden Besteller von jedem Artikel bis 50 Meter bezm. bis 20 Dupenb oder 30 Stüd. Keine Abgabe an Wiederverkäufer.

- | | | |
|----|--|-----|
| 10 | Angebleichtes Baumwolltuch, solide Sorte, aus guten Garnen, 75 cm, per Meter | -15 |
| 11 | Angebleichtes Baumwolltuch, besonders solide, ziemlich dichtgewebte Sorte, 75 cm, per Meter | -21 |
| 12 | Angebleichtes Baumwolltuch, prima, fast unverwundlich im Gebrauch, 78 cm, per Meter | -23 |
| 13 | Weißes Hemdentuch, weiß gebleicht, 70 cm, per Meter | -17 |
| 14 | Weißes Hemdentuch, sehr solide, ziemlich dichte Sorte, weiß gebleicht, 70 cm, per Meter | -23 |
| 15 | Weißes Hemdentuch, ganz vorzügliche Sorte, weiß gebleicht, für sehr gute Wäschehüte geeignet, 80 cm, per Meter | -27 |
| 16 | Hemdenflanell, besonders reißfeste, überaus haltbare, gute Sorte, garantiert echtfarbige schöne Muster, 75 cm, per Meter | -26 |
| 17 | Hemdenjersey, sehr solid und haltbar, schöne gebedte, walddichte Muster, 70 cm, per Meter | -26 |
| 18 | Tischtücher, weiß, solide Sorte mit Hochbaum, 30x30 cm, per 1/2 Tugend | -50 |
| 19 | Wischtücher, gute, haltbare Qualität, 45x45 cm, per 1/2 Tugend | -50 |
| 20 | Frottiertücher, aus gutem mit hübschen eingewebten Mustern, 40x90 cm, per Stüd | -29 |

Besonderer Ausnahmepreis!
21. Weißes Hemdentuch, gute, besonders solide, mittelhartfärbige dichtgewebte, kräftige Qualität, jedoch mitunter mit kleinen, unheimbaren Rippen versehen, welche sich beim Waschen entfernen lassen. Nach dem Waschen ist daselbe für gute, besonders solide, sehr haltbare, kräftige Wäschehüte zu verwenden, ca. 70 cm, p. Meter
 -21 |

Verlang erfolgt per Nachnahme von Mt. 10.— an, portofreie Lieferung von Mt. 20.— an.
Meine Garantie: Auf Wunsch sofortige Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten und sofortige Zurückzahlung des vollen ausgelegten Betrages.

Josef Witt, Weiden 392 (Opf.)
Größtes Webwaren-Spezialverhandlung der Art Europas, mit eigenen Webwarenfabriken — mit eigenem Aufrüstungswerk
4000 Arbeiter und Angestellte.

Drei Broschüren, die ein jeder gelesen haben muß!
Nebel Schlagzu, Deutschland erwacht Ein Bericht über das Dritte Reich. Preis: **10 Pf.**
Nach der Nacht der langen Mauer Brochüre im Dritte Reich. Aus Dokumenten eines Nazis. Preis: **10 Pf.**
Ehren-Rangliste der Nationalsozialisten Preis: **10 Pf.**

Sämtliche Bestellungen erfordern an die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2